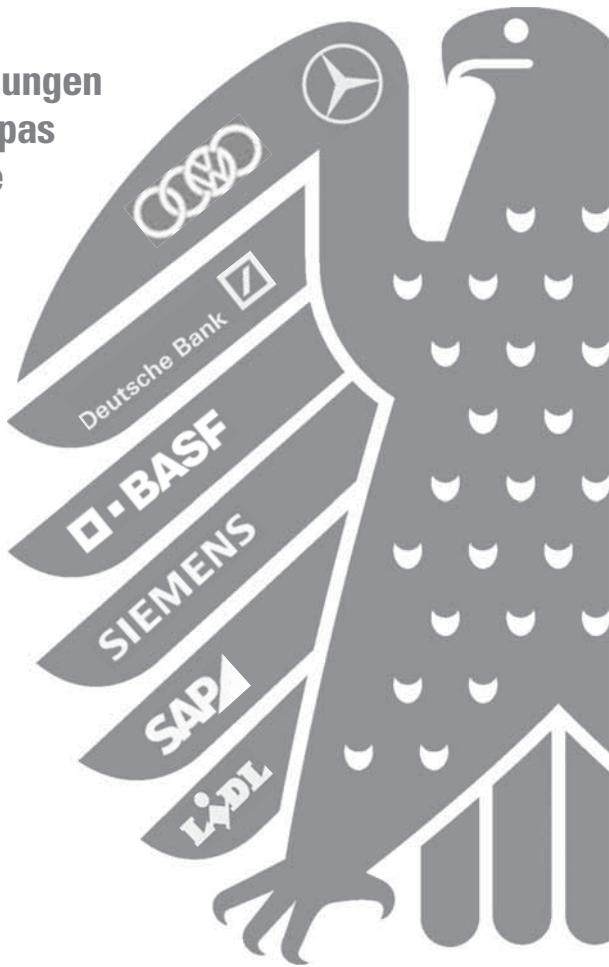


Guillaume Duval

Modell Deutschland? Nein Danke!

Französische Anregungen
für die Zukunft Europas
und seiner Industrie

Herausgegeben
und mit einem
Vorwort von
Detlef Wetzel und
Jörg Hofmann



Guillaume Duval
Modell Deutschland? Nein Danke!

Guillaume Duval ist Chefredakteur der Monatszeitschrift »Alternatives Économiques«. Als Ingenieur arbeitete er mehrere Jahre in der deutschen Industrie. Er ist u.a. Autor von »La France d'après. Rebondir après la crise« (Frankreich danach. Die Krise überwinden), Les Petits Matins, 2011.

Detlef Wetzel ist 1. Vorsitzender, *Jörg Hofmann* 2. Vorsitzender der IG Metall.

Prof. Dr. Henrik Uterwedde ist stellvertretender Direktor des Deutsch-Französischen Instituts Ludwigsburg.

Guillaume Duval

Modell Deutschland? Nein Danke!

Französische Anregungen

für die Zukunft Europas und seiner Industrie

Herausgegeben und mit einem Vorwort

von Detlef Wetzel und Jörg Hofmann

sowie einem Nachwort von Henrik Uterwedde

Aus dem Französischen von

Kirsten Heininger, Miriam Sperlich

und Michael Krämer

VSA: Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

Originaltitel: Guillaume Duval, »Made in Germany. Le modèle allemand au-delà des mythes«, zuerst erschienen bei Éditions du Seuil, Paris, 2013, als Taschenbuchausgabe bei Édition Points, Paris, 2014. Das Vorwort des Autors »An die deutschen Leserinnen und Leser« (S. 19-21) basiert auf dem Vorwort zur französischen Taschenbuchausgabe.

Übersetzungen: S. 19-21, 161-206: Michael Krämer; S. 23-111, 131-159: Kirsten Heininger; S. 113-129: Miriam Sperlich

© Editions du Seuil, 2013

© Editions Points, 2014 (»An die deutschen Leserinnen und Leser«, S. 19-21)

© der deutschen Ausgabe: VSA: Verlag 2014, St. Georgs Kirchhof 6,
D-20099 Hamburg

Alle Rechte vorbehalten

Druck und Buchbindearbeiten: Beltz Bad Langensalza GmbH

ISBN 978-3-89965-617-6

Inhalt

Vorwort	7
von Detlef Wetzel und Jörg Hofmann	
An die deutschen Leserinnen und Leser	19
Einführung	
Sicher gibt es ein Modell, doch wie sieht es aus?	23
1. Das Modell Deutschland stammt nicht von Schröder	27
1.1 Ein deutsches Paris gibt es (glücklicherweise) nicht	27
1.2 Ein Auswanderungsland ohne Kolonien	35
1.3 Wenn sich der Korporatismus wehrt	41
1.4 Das Unternehmen gehört nicht nur den Aktionären	49
1.5 Inflationsbekämpfung als Wettbewerbsinstrument: eine harte Droge	61
1.6 Bei der Gleichberechtigung ist Deutschland im Rückstand	67
1.7 Das Diplom ist nicht alles	78
1.8 Die Deutschen und die Ökologie: eine uralte Geschichte	89
1.9 Deutschland ist viel wirtschaftsliberaler, als man denkt	98
2. Die Wiedervereinigung und ihre Kosten: Mythos und Realität	113
2.1 Die Wiedervereinigung – eine Überraschung	114
2.2 Eine Übernahme des Ostens durch den Westen	116
2.3 Ein kostspieliger, aber auch profitabler Prozess	121
2.4 Hohe Kosten auch für den Rest Europas	124
2.5 Ein »normales« Land	127

3. Der Fall Schröder – Anatomie einer Mystifizierung	131
3.1 Wer hat Helmut Kohl besiegt?	131
3.2 Die erste Amtszeit – wenig überzeugend	140
3.3 Die Agenda 2010 und ihre (schweren) Folgen	143
3.4 Die Bilanz bleibt unter dem Strich negativ	149
4. Die wahren Gründe des deutschen Aufschwungs unter der Regierung von Angela Merkel	161
4.1 Merkel hat bloß die Schröderschen Fehler korrigiert	162
4.2 Die (kurzfristigen) Vorteile der Überalterung	168
4.3 Der profitable Mauerfall	176
4.4 Der Nachfrageboom aus den Schwellenländern	180
4.5 Deutschland als Nutznießer der Eurokrise	189
Schluss	
Sackgasse à la Schröder oder Green New Deal?	195
Quellen	201
Danksagung	205
Nachwort	207
von Henrik Utterwedde	
1. Frankreich schaut auf Deutschland	207
2. Die »Schröder«-Debatte: eine französische Kontroverse ...	209
3. Für eine europäische Debattenkultur	212

Vorwort

von Detlef Wetzel und Jörg Hofmann

Frankreich und Deutschland – die beiden Länder verbindet eine so lange wie wechselvolle Geschichte, die seit einigen Jahrzehnten von einer wachsenden Annäherung geprägt ist. Dies gilt für die politische Zusammenarbeit: Ausgehend von der Annäherung zwischen Charles de Gaulle und Konrad Adenauer über den deutsch-französischen Vertrag (Elysée-Vertrag 1963) bis zum Vorantreiben der europäischen Integration im Rahmen der EU. Dies gilt auch für die wirtschaftliche Zusammenarbeit: Der in Frankreich entwickelte Schuman-Plan war die Grundlage für die Montanunion – somit die Geburtsstunde der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Daneben gibt es eine Reihe bilateraler gemeinsamer Projekte wie die Entwicklung einer europäischen Luftfahrt- und Raumfahrtindustrie.

Dagegen gingen beide Länder in der Gestaltung ihrer Sozialsysteme und der industriellen Beziehungen eigene Wege. Wenn in Frankreich heute über das »Modell Deutschland« debattiert wird, steht aber gerade dieser Aspekt, insbesondere die Veränderungen in der deutschen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, im Mittelpunkt. Nach fünf Jahren faktischen Null-Wachstums und mittlerweile den geringsten Industrieanteilen im Vergleich der OECD-Volkswirtschaften schaut man in Frankreich seit einigen Jahren anerkennend auf die gute Krisenbewältigung und die höheren Wachstumsraten »d'outre-Rhin«.

Doch diese Debatte greift oft zu kurz. Der ökonomische Erfolg der Nachkriegszeit – einschließlich der Integration Ostdeutschlands und der lange behaupteten Exportweltmeisterschaft – beruht mitnichten auf den deutschen Urtugenden Fleiß und Sparsamkeit, noch auf der Deregulierung des Arbeitsmarktes, sondern vor allem auf der Fähigkeit, die industrielle Basis wissensbasiert weiterzuentwickeln, deren internationale Wettbewerbsfähigkeit abzusichern – und dies nicht zuletzt durch handfeste Interessenpolitik.

Mitbestimmung und handlungsfähige Gewerkschaften als zentrale Pfeiler

Das deutsche System industrieller Beziehungen hat nicht nur zum ökonomischen Wiederaufstieg entscheidend beigetragen, sondern auch zur Revitalisierung der deutschen Wirtschaft in den letzten Jahren: Die Weichenstellungen erfolgten in den Nachkriegsjahren, durchaus geprägt vom Systemkonflikt zwischen Ost und West. »Politische Demokratie, die wir anstreben«, so 1946 der erste Vorsitzende des DGB, Hans Böckler, »hat zur Voraussetzung wirtschaftliche Demokratie«. Programmatisch knüpften die Gewerkschaften damit an das Konzept der Wirtschaftsdemokratie der Weimarer Zeit an: Die Erfahrungen mit dem Versagen der Marktwirtschaft in der Weltwirtschaftskrise, der Missbrauch wirtschaftlicher Macht zu politischen Zwecken durch Industrielle, die das Aufkommen der Nationalsozialisten begünstigt hatten, bestätigten die Gewerkschaften in ihren Forderungen nach einer Alternative zum herrschenden Kapitalismus.

Eine entscheidende Voraussetzung dafür war der Weg in die Einheitsgewerkschaft – weg von der Zersplitterung der Arbeiterbewegung in (partei-)politische Gewerkschaften. Für die Mitbestimmung – auf allen Ebenen – ist diese Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung überhaupt nicht zu überschätzen.

Ein zweites zentrales Thema war die Konzentration auf Organisationsstärke. Nicht die Abhängigkeit von staatlicher Anerkennung, sondern die autonome Macht der Gewerkschaften durch Millionen von Mitgliedern und hohe Organisationsgrade wurden und werden als Voraussetzung erfolgreichen Handelns angesehen.

Um es vorwegzunehmen: Diese Orientierungen waren richtig. Denn die solidarische Mitbestimmungspraxis – so wie sie sich seit 60 Jahren herausgebildet hat – wäre bei einer zersplittenen Gewerkschaftslandschaft und nicht aus eigener Organisationskraft handlungsstarken Gewerkschaften unvorstellbar.

Bei der Einführung des Betriebsverfassungsgesetzes 1952 gelang es zwar nicht, die Parität wie in der Montanmitbestimmung festzu schreiben: Das Betriebsverfassungsgesetz enthielt stattdessen den Grundsatz der vertrauensvollen Zusammenarbeit von Betriebsrat

und Arbeitgeber, untersagte ausdrücklich den Abschluss von Tarifverträgen auf betrieblicher Ebene und sah begrenzte Mitbestimmungsrechte bei personellen, wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten der Belegschaft vor. Daraus begründet sich letztendlich aber die Dualität von autonomer Tarifpolitik der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, basierend auf dem Streikrecht und der Organisationsstärke der Gewerkschaften und der gesetzlich regulierten Mitbestimmung im Betrieb, die das deutsche System der Interessenvertretung bis heute prägt.

Die Unternehmensmitbestimmung wurde 1976 mit dem Mitbestimmungsgesetz weiterentwickelt. Diese Novelle sah zwar die Parität von Anteilseignern und Arbeitnehmern im Aufsichtsrat vor, doch auch das doppelte Stimmrecht des von der Kapitalseite kommenden Vorsitzenden. Die Unternehmensmitbestimmung spielt heute als ein Instrument der Information eine Rolle und ist insbesondere dort wirksam, wo sie als ein Hebel neben vielen zur Durchsetzung von Arbeitnehmerinteressen genutzt wird.

Der historische Rückblick zeigt: Die Mitbestimmung war und ist eine zentrale Säule in der Architektur des deutschen Kapitalismus, für den sich der Begriff »Soziale Marktwirtschaft« durchgesetzt hat; eine Architektur, in der der Markt durch viel Organisation ergänzt wird, in der vieles durch Verhandlungen zwischen den großen Organisationen geschieht und in der die Klassenspannungen sozialstaatlich gedämpft und integriert werden.

Erfolg nicht durch, sondern trotz der Agenda-Politik

Dies erkennt auch Guillaume Duval, Chefredakteur der Zeitschrift *Alternatives Économiques*, ausdrücklich als eine der tragenden Säulen des deutschen Wirtschaftssystems an: Anschaulich beschreibt er die Stärken und Schwächen des deutschen Wirtschaftssystems – gelegentlich auch im kritischen Vergleich mit dem eigenen Land. Dabei gelingen ihm so treffsichere Analysen, dass diese nicht nur das französische Publikum interessieren dürften. Wir jedenfalls sind davon überzeugt, dass diese linksrheinische Sicht auf die rechtsrhei-

nischen Verhältnisse zu einem besseren gegenseitigen Verständnis beitragen kann.

Guillaume Duval betont die traditionellen Stärken der Bundesrepublik: Dazu zählt er den Föderalismus als Grundlage einer deutlich gleichmäßigeren Entwicklung in ökonomischer und kultureller Hinsicht. Gleichermaßen wichtig ist ihm das Bildungssystem, das trotz aller internen Schwächen deutlich breiter und gerechter angelegt sei als das französische. Dabei verschließt er nicht die Augen vor einem der größten Defizite des französischen Systems, nämlich der exorbitant hohen Jugendarbeitslosigkeit. Dass in Deutschland solch eine hohe Jugendarbeitslosigkeit bislang vermieden werden konnte, ist maßgeblich auf die konzertierten Aktivitäten aller korporativen Akteure zurückzuführen, was maßgeblich mit unserer Mitbestimmungskultur zusammenhängt. Weshalb Duval auch in der deutschen Mitbestimmungskultur eine der wichtigsten Stärken unseres Systems und eine zentrale Grundlage seines Erfolgs sieht. Dennoch rät er davon ab, das Modell Deutschland, so wie es sich in der Gegenwart darstellt, zum Vorbild zu machen. Grund ist die Agenda 2010, die Duval als massive Fehlsteuerung kritisiert.

Die wirtschaftliche Entwicklung unserer Republik war und ist naturgemäß keine lineare. Erinnert sei an die Phase der Jahrtausendwende. Deutschland galt als »kranker Mann Europas«, scheint aber seit der Überwindung der Wirtschaftskrise 2009ff. wieder der »ökonomische Superstar« mit glänzenden Zukunftsaussichten zu sein. Erfolg macht eben sexy – das »deutsche Modell« erfreut sich großer Beliebtheit, auch wenn die tatsächlichen Erfolgsfaktoren nicht bekannt sind oder nicht verstanden werden. Als ein wesentlicher Grund für diesen aktuellen Erfolg gilt die Agenda 2010, die – so die gängige Meinung – die Arbeitsmarktpolitik in Deutschland derart reformiert hat, dass der Arbeitsmarkt den neuen Ansprüchen an Flexibilität gewachsen ist.

Damit wird insbesondere der Aufschwung ab 2005 mit der Folge der steigenden Beschäftigungszahlen einfach als Folge der Agenda bewertet, ohne zu fragen: Sind die Beschäftigungseffekte wirklich größer als bei vorhergehenden Phasen des Aufschwungs? Die Antwort ist komplex, denn zunächst fällt auf: Das Arbeitsvolumen ist nicht

gestiegen. Durchschnittlich lag es zwischen 1995 und 2003 bei gut 57 Mrd. Stunden und zwischen 2003 und 2011 bei 56,6 Mrd. Stunden. Die Arbeitslosenquote ist in diesem Zeitraum von 10,3 auf 9,1% gefallen – heute liegt sie bei 7,3%. Und die Anzahl der Erwerbstägigen steigt. Sie liegt aktuell bei rund 42 Millionen.

Ein zweiter Kontext wird auch von Duval zu Recht benannt: Die Qualität des Beschäftigungszuwachses ist höchst problematisch. Der Zuwachs wird im Wesentlichen durch Minijobs, Leiharbeit, Teilzeitbeschäftigung und im Niedriglohnsektor generiert: Deutschland hat nach den USA und Südkorea den drittgrößten Niedriglohnsektor weltweit – knapp jeder Vierte arbeitet unterhalb der Niedriglohnschwelle. Auch das ist ein Teil der Wahrheit des deutschen Jobwunders. Die Erfolge am Arbeitsmarkt wurden durch ein deutliches Mehr an Ungleichheit erkauft. Und das ist nicht nur aus beschäftigungspolitischer Sicht gewiss kein Modell, das der Nachahmung anempfohlen werden kann.

Auch auf einen dritten Aspekt ist hinzuweisen: Unsere Gesellschaft, die so lange stolz auf ihre relativ homogene Struktur war, driftet zunehmend auseinander. Wer einen festen Job in einem tarifgebundenen Betrieb hat, dem geht es in aller Regel gut. Wer dieses Glück nicht hat, der fällt durch den Rost. Statistiken zeigen, dass dies keine Frage des persönlichen Versagens ist: 80% der Niedriglohnbezieher haben eine qualifizierte Berufsausbildung. Wer behauptet, dies sei der Preis, den die Deutschen für den Erfolg zahlen müssen, der übersieht, dass dieser Preis schnelle Erfolge suggeriert, die uns langfristig teuer zu stehen kommen, etwa in der Finanzierung der Sozialsysteme.

Für die Stabilität der deutschen Wirtschaft gerade während der Krise sind andere Parameter verantwortlich. Guillaume Duval hat völlig Recht mit seinem Hinweis darauf, dass Deutschland nicht durch, sondern trotz der Hartz-Reformen seine Stärke bewahren konnte.

Tatsächlich ist es die eingangs beschriebene »alte« Erfolgskonstellation: Handlungsfähige Gewerkschaften, ein intervenierender Sozialstaat und die Mitbestimmung im Betrieb, die sich als wandlungsfähig und durchsetzungsfähig bewiesen hat. Das ist das »Mo-

dell Deutschland», dessen Export die industrielle Zukunft in Europa befördern würde. Und es ist durch den Neoliberalismus, der seinen politischen Ausdruck in der Agenda 2010 fand, im Kern auch nicht geschwächt worden. Es hat diese Angriffe nicht nur überstanden, sondern sich auch in der jüngsten Wirtschaftskrise bewährt, ist durch diese aufgewertet und sogar neu gekräftigt worden – so unsere Überzeugung.

Die Stärke des deutschen Systems ist neben der staatlich regulierten Mitbestimmung eine handlungsfähige Tarifautonomie. Die großen Differenzen zwischen Branchen oder Regionen zeigen heute überdeutlich: Mitgliederschwache Gewerkschaften entwickeln keine eigene Organisationsmacht. Es entstehen Zonen ohne gelebte Tarifautonomie, wie in Teilen der neuen Bundesländer, aber auch im Dienstleistungsbereich zu beobachten ist. Unverkennbar ist eine bedeutsame Ursache für den explodierenden Niedriglohnsektor in Deutschland das Fehlen der gewerkschaftlichen Stärke und Verankerung.

Das hat die Lohnentwicklung in den letzten Jahren geprägt und auch Auswirkungen auf die Gesamtbilanz: Dass die Reallöhne im Gesamtdurchschnitt der deutschen Wirtschaft zwischen 2003 und 2011 um 0,8% gesunken sind, ist dieser Entwicklung geschuldet. So lag der Bruttostundenlohn der untersten 10% 2000 bei 5,63 und 2010 bei 5,03 Euro. Das ist ein Minus von über 10%. Der Verfall der Reallöhne ist im unteren Drittel der Einkommen am stärksten, aber er entwickelt Sogkraft.

2010 lag laut Statistischem Bundesamt der durchschnittliche Bruttostundenlohn im verarbeitenden Gewerbe bei 23,09 Euro in den tarifgebundenen und bei 17,19 Euro in den tariflosen Betrieben. Nur die besser bezahlten, durch Tarifverträge geschützten Arbeitsverhältnisse haben in dieser Dekade Lohnzuwächse gehabt und stiegen um mehr als 30%: Das sind vor allem Arbeitsplätze in der Exportindustrie, die am stärksten dem internationalen Kostendruck ausgesetzt sind. Dies widerlegt auch die Mär, zu hohe Löhne würden der Wettbewerbsfähigkeit schaden.

Im Gegenteil: Gute Arbeit und gutes Entgelt sind entscheidende Voraussetzungen für engagierte und qualifizierte Beschäftigte. Und

diese sind die Quelle von Innovations- und Produktivitätsvorsprüngen, die den Erfolg der deutschen Exportindustrie erklären. Das verweist auf die Stärke der Mitbestimmung und einer entwickelten Tarifmächtigkeit von Gewerkschaften: Es ist immer wieder gelungen, unser System der Mitbestimmung in den industriellen Kernsektoren zu modernisieren und an neue Herausforderungen anzupassen.

Das ist auch der wesentliche Faktor, um die Krisenbewältigung 2009/2010 zu verstehen: Es war die interne Flexibilität wie Kurzarbeit oder Abbau von Arbeitszeitkonten, gestaltet durch Tarifverträge und praktizierte Mitbestimmung, die es erlaubte, die Krise ohne massive Beschäftigungsverluste zu meistern und vor allem den folgenden Aufschwung mit vollen Segeln mitzunehmen. Externe Flexibilität – zum Beispiel der Einsatz von Leiharbeit – wirkte allenfalls prozyklisch, indem Befristungen ausliefen und Leiharbeiter auf die Straße gesetzt wurden. Gerade weil feste Beschäftigungsverhältnisse die übergroße Zahl darstellten, auf die die interne Flexibilität wirken konnte, gelang es, die Beschäftigten im Betrieb zu halten. Wäre die Anzahl der Leiharbeiter und Befristungen überproportional höher gewesen, dann hätte sich das fatal ausgewirkt: Denn jede Krise wirkt ohne längerfristig angelegte Instrumente und steuernde Akteure prozyklisch auf den Arbeitsmarkt, also krisenverschärfend. Es bedarf keiner weiteren Evaluierung dieser These. Die Entwicklung der Arbeitsmärkte in vielen europäischen Nachbarländern bestätigt leider diese Feststellung.

Gerade in der Krisenbewältigung ist die grundlegende Bedeutung eines zweiten politischen Feldes für die volkswirtschaftliche Entwicklung deutlich geworden: eine aktive Industriepolitik. Zu lange haben Konzerne die Strategie verfolgt, ihre Aktivitäten, Arbeitsplätze und Kompetenzen in Länder mit niedrigen Steuern und Sozialabgaben zu verlagern, um ihre Wertschöpfungsanteile zu reduzieren. Und der kurzfristige Profit, die hohe Rendite dominierenden mittelfristige Unternehmensstrategien.

Nachhaltiger Erfolg verlangt Innovation und gute Arbeit

Dies galt und gilt auch für Deutschland. Dennoch konnte der Industrianteil in der deutschen Wirtschaft bis heute gehalten werden. Entwarnung ist aber nicht angesagt: Die Investitionsquote sinkt seit Jahren, Unternehmen verlagern noch mehr Betriebe und Arbeitsplätze ins außereuropäische Ausland, und zwar nicht nur einfache Jobs. Auch anspruchsvolle Arbeit im Bereich der Forschung und Entwicklung wandert ab.

Daher fordern die deutschen Gewerkschaften eine aktive Industriepolitik ein. Es geht um eine Umkehrung dieses Trends. Schlüsselaktivitäten müssen besetzt und in die Zukunft investiert werden. Wachstum und Beschäftigung sind eng an technologische Innovationen gebunden. Wenn die Industrie imstande sein soll, die neuen Herausforderungen der nachhaltigen Entwicklung, der Mobilität, der Gesundheit und der intelligenten Netze (Transport, Energie, Kommunikation) aufzunehmen, muss sie dies gemeinsam mit der öffentlichen Hand vorantreiben, also investieren.

Die technologischen und industriellen Innovationen erfordern im Vorfeld eine offensive Qualifikationsstrategie, um besser für die künftigen Entwicklungen gewappnet zu sein. Eine aktive Industriepolitik nutzt die Zeit, um Beschäftigte zu qualifizieren und denjenigen, die ihren Arbeitsplatz verlieren, bei der Suche nach neuen Arbeitsplätzen zu helfen. Der industrielle Strukturwandel verlangt nach vorausschauender Personalentwicklung mit stärkerer Förderung der Aus- und Weiterbildung.

Die Industrie kann von den großen Potenzialen profitieren, die die Umstellung auf Ressourceneffizienz, auf die Nutzung erneuerbarer Energiequellen und die Entwicklung der neuen »grünen« Märkte bieten (Umwelttechnik und Investitionen in Klimaschutz). Zugleich ist es im Zusammenhang mit den Herausforderungen des Klimawandels, des Umweltschutzes und der Endlichkeit natürlicher Rohstoffe notwendig, das deutsche Sozialmodell und das Modell für die industrielle Produktion an veränderte Bedingungen anzupassen, also zu reformieren, um weiter auf der Höhe der Herausforderungen wirken zu können.

Und nicht zuletzt zeigen unsere Geschichte und die erfolgreiche Krisenbewältigung, dass die Demokratisierung der Wirtschaft auf allen Ebenen – im Betrieb, bei der Unternehmensführung, in der Region, Branche, Volkswirtschaft – weiter vorangebracht werden muss. Eine Industriepolitik kann überdies nur dann erfolgreich sein, wenn sie sich auf einen verlässlichen makroökonomischen Rahmen in der Wirtschafts-, Steuer- und Handelspolitik stützen kann. Gerahmten müssen die skizzierten Aktivitäten also durch einheitliche Standort- und Wettbewerbsbedingungen in der EU.

In den nächsten Jahren muss dies vor dem Hintergrund des demografischen Wandels gelingen. Voraussichtlich wird das Erwerbspersonenpotenzial deutlich sinken; selbst wenn die Erwerbsquoten gegenüber heute deutlich gesteigert werden könnten und eine jährliche Nettozuwanderung von 100.000 (nicht nur erwerbsfähigen) Menschen unterstellt wird. Im Vergleich zu 2008 könnte das Erwerbspersonenpotenzial bereits bis zum Jahr 2025 um fast vier Millionen und danach bis 2050 nochmals beschleunigt um mehr als acht Millionen Erwerbspersonen schrumpfen. Werden eine konstante Erwerbsquote und ein Ausbleiben der eben unterstellten Zuwanderung eintreffen, dann würde sich der Rückgang um sieben Millionen Erwerbstätige bis 2025 noch dramatischer auswirken. Noch eindrucksvoller sehen die Gesamtzahlen aus: Von heute knapp 45 Millionen Personen wird das Erwerbspersonenpotenzial je nach Basisannahmen bis 2050 auf 33 bis unter 27 Millionen zurückgehen. Damit ist klar, welche enormen Herausforderungen vor uns liegen.

Die Sicherung der Fachkräftebasis ist schon heute notwendig: Für die Metall- und Elektroindustrie lässt sich festhalten, dass der demografische Wandel bereits spürbar ist. Der Anteil der über 50-Jährigen unter den Beschäftigten ist in den letzten Jahren stark gewachsen. Die Betriebe müssen sich darauf einstellen, dass die Quote der Älteren deutlich steigt.

Diese hier skizzierte Entwicklung des Mangels kann aber durch eine kluge Politik abgedeckt werden. Notwendig ist, dass die Unternehmen sich viel intensiver als in der Vergangenheit um die Entwicklung der Potenziale derjenigen kümmern, die in den vergangenen Jahren nicht im Zentrum der Arbeitsmarktentwicklung standen. Also,

was kann, ja, was muss getan werden, um die Erwerbsbeteiligung der Frauen, der Älteren, der Migranten, der Geringqualifizierten zu erhöhen? So kann der demografische Wandel den Arbeitsmarkt von einem Arbeitgeber- zu einem Arbeitnehmermarkt verändern. In Zukunft bestimmt nicht mehr allein die Knappheit an Kapital, sondern auch die zunehmende Knappheit an personellen Ressourcen die Wachstumsperspektiven der Volkswirtschaft und der Unternehmen. Mit der Fachkräftedebatte sind die relevanten Akteure – vor allem Politik, Gewerkschaft und Arbeitgeber – aufgefordert, die Entwicklungen fundiert und differenziert zu analysieren und jetzt vorausschauend zu handeln. Die IG Metall führt diese Debatte.

Wir setzen dabei auf die Beteiligung der Beschäftigten selbst: Wir haben mit der großen Beschäftigtenbefragung aus 2013 die Debatte darüber begonnen, welche Themen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zentral sind. Auch das ist ein Beitrag dazu, die richtigen Forderungen für beschäftigungsförderliche Unternehmenspolitik und Industriepolitik zu stellen.

Die Befragungsergebnisse haben ein Thema wie unter einem Brennglas in den Mittelpunkt auch der öffentlichen Wahrnehmung gerückt: die individuellen Lebensentwürfe der Beschäftigten zu respektieren und zu fördern. 1984 war der Typus des männlichen Alleinverdiener der dominante Lebensentwurf der großen Mehrzahl der Menschen. Frauenerwerbstätigkeit galt als erzwungener Zuverdienst und fand überwiegend im Angelerntenbereich einfacher Montagetätigkeiten statt. Auch Guillaume Duval beschreibt diese Entwicklung.

Heute hat sich dieses Bild komplett gewandelt: Das Alleinverdienermodell wird nur noch von einer Minderheit als Lebensentwurf gewünscht und praktiziert. Die Frauenerwerbstätigkeit hat sich im durchschnittlichen Qualifikationsniveau deutlich erhöht, wengleich nach wie vor die Chancen der Frauen auf berufliche Entwicklung bei guter Qualifikation schlechter sind. Hinzu kommt, dass Familie nicht mehr im Hintergrund steht und die Ehefrau »den Rücken frei« hält. Die Anforderung, die Balance zwischen Arbeit und Leben zu finden, trifft die allermeisten Erwerbstätigen – und sie müssen sie in der Regel privat und individuell bewältigen. Die Notwen-

digkeit, eine Balance zu finden, wird sich mit der rasant wachsenden Zahl von Beschäftigten mit pflegebedürftigen Familienangehörigen deutlich erhöhen.

Zugleich sind die Flexibilitätsanforderungen an die Beschäftigten seitens der Unternehmen massiv gewachsen. Die gewerkschaftliche Strategie der Arbeitszeitverkürzung ist einhergegangen mit steigenden Flexibilitätsansprüchen der Arbeitgeber. Unser Ziel ist es, dass Flexibilität keine Einbahnstraße sein darf. Die Beschäftigten fordern verbindliche Gegenleistungen in Form von Geld, Freizeit oder Zuschlägen. Bisherige tarifliche Regelungen geben ihnen hier nur bedingt Schutz. Diese Ansprüche müssen nicht nur anerkannt werden, ihnen muss Gewicht und Durchsetzungskraft verschafft werden.

Die Lebensentwürfe der Beschäftigten und deren Lebensumstände anzuerkennen, bedeutet grundlegend über eine Neuformierung des Normalarbeitsverhältnisses nachzudenken; und das ist auch angesichts des demografischen Wandels zwingend notwendig: Die »stille Reserve« der gar nicht oder vor allem in Teilzeit beschäftigten Mütter und gelegentlich Väter kann nur dann aktiviert werden, wenn die Rahmenbedingungen die Berufstätigkeit ermöglichen. Gefordert ist ein neues Normalarbeitsverhältnis, das die Bedürfnislagen unterschiedlicher Lebensphasen berücksichtigt. Leitgedanke ist ein Normalarbeitsverhältnis, das erlaubt, die Arbeitszeit temporär zu verkürzen, ohne von der beruflichen Entwicklung abgekoppelt zu werden. Und nicht nur Care-Aufgaben, auch der Erhalt von Qualifikation und Gesundheit erfordern, Arbeitszeit flexibel an die jeweilige Lebensphase anzupassen.

Mit dem Normalarbeitsverhältnis war eine bestimmte konservative Infrastruktur verbunden (kaum außerfamiliäre Kinderbetreuung, wenige Ganztagsschulen etc.). Zudem sanktionierten die sozialen Sicherungssysteme der Bundesrepublik Abweichungen vom Normalarbeitsverhältnis finanziell. Damit ist klar, dass wichtige Regulierungselemente eines neuen Normalarbeitsverhältnisses mehrere Elemente umfassen müssen: Dazu gehört eine gesetzlich und tarifpolitisch flankierte Arbeitszeitpolitik, die an den Lebensphasen ausgerichtet ist, eine individuelle soziale Absicherung und der Ausbau der Infrastruktur zur Bewältigung der Kinderbetreuung und Pflege.

Um dieses gesamtgesellschaftliche Zukunftsprojekt zu befördern, sind auch die Verbände und vor allem die Politik gefragt. Sie müssen die Rahmenbedingungen schaffen, in denen die Tarifautonomie passgenaue Lösungen für Branchen und Betriebe entwickeln kann: Ein neues Normalarbeitsverhältnis braucht auch Schutz und einen Ordnungsrahmen durch die Politik. Das sind nicht nur die richtigen Anforderungen – jetzt ist auch der richtige Zeitpunkt, diese Diskussion zu führen.

Um es nochmals deutlich zu machen: Es war und ist die Wandlungsfähigkeit des Systems industrieller Beziehungen, die den Erfolg mit sich brachte. Nicht die Deregulierung im Sinne der Hartz-Gesetzgebung, sondern die Regulation von Flexibilität im Betrieb, bei Fortbestand stabiler Beschäftigungsverhältnisse, sicherte den Erfolg. Diese Wandlungsfähigkeit passgenau zu gestalten, heißt, sie eben nicht nur an den kurzfristigen, ökonomischen Erfordernissen der Betriebe zu orientieren, sondern zugleich das gesellschaftliche Ganze in den Blick zu nehmen und Politik für die Mehrheit der Menschen zu machen. Das ist die Aufgabe, die von den tragenden Akteuren des deutschen Modells immer wieder neu zu bewältigen ist. Wir betrachten diese Erfahrungen, Einsichten und prognostischen Analysen als einen notwendigen Teil der Debatte um die Weiterentwicklung eines zukunftsfähigen Modells Deutschland.

An die deutschen Leserinnen und Leser

Dieses Buch wurde vor allem geschrieben, um die – ebenso verbreitete wie falsche – Idee zu bekämpfen, dass der jüngste und unbestreitbare Erfolg der deutschen Wirtschaft die Frucht der »mutigen« Reformen sei, die vom sozialdemokratischen Kanzler Gerhard Schröder zu Beginn des 21. Jahrhunderts angestoßen wurden. Nach der Meinung vieler Schlaumeier müssten deswegen diese Reformen unbedingt kopiert werden, damit die Franzosen und die anderen Europäer endlich hoffen könnten, ihrerseits der Krise zu entkommen. Das wäre jedoch ein gravierender Irrtum.

Dieses Buch ist Anfang 2013 erstmals in Frankreich erschienen und wandte sich ursprünglich hauptsächlich an ein französisches Publikum. Deswegen präsentiert es eine Reihe von Aspekten der deutschen Wirtschaft und Gesellschaft, die den meisten Deutschen wahrscheinlich nicht unbekannt sind. Diese Aspekte werden jedoch jeweils im detaillierten Vergleich mit den entsprechenden Strukturen der französischen Wirtschaft und Gesellschaft vorgestellt. Insofern ist diese Darstellung eine gute Möglichkeit für deutsche Leser, auch Frankreich besser kennenzulernen und die wichtigsten Unterschiede zwischen beiden Ländern besser zu verstehen. Eine Kenntnis, die für jeden, der sich um die Zukunft Europas und der gemeinsamen Währung Sorgen macht, unabdingbar ist. Dafür gibt es mehr als genug Gründe. Viele der heutigen Probleme der europäischen Integration finden ja ihren Ursprung in der unzureichenden Kenntnis der Denkweise des anderen.

Seit dem Erscheinen dieses Buches hat in Deutschland allerdings eine »Ent-Schröderisierung« begonnen. Vor der Bundestagswahl im September 2013 drehte sich die Diskussion hauptsächlich darum, wie man die Schäden begrenzen könne, die mit den Reformen des Altkanzlers im Hinblick auf Armut, Ungleichheit und den Zerfall der Infrastruktur entstanden waren. Um das Phänomen der »Armut trotz Arbeit«, das am Beginn des 21. Jahrhunderts in Deutschland sprunghaft angestiegen war, einzugrenzen, hat die Regierung der

Großen Koalition mehrere Schlüsselemente des französischen Sozialsystems übernommen. Vor allem hat sie für Anfang 2015 die Einführung eines allgemeinen Mindestlohns von 8,50 Euro pro Stunde beschlossen, der sich am Modell des französischen SMIC (*Salaire minimum interprofessionnel de croissance*) orientiert. Außerdem unterstützt sie Regelungen zugunsten der Tarifeinheit, wie sie auch in Frankreich bestehen: Tarifvereinbarungen sollen öfter für alle Arbeitnehmer einer Branche gelten, und nicht bloß für diejenigen Unternehmen, die solche Vereinbarungen mit den zuständigen Gewerkschaften getroffen hatten, wie es bis dahin in Deutschland die Regel war. Das hatte dazu geführt, dass in Deutschland nur gut die Hälfte der Beschäftigten von Tarifverträgen profitiert, während es in Frankreich über 95% sind.

Die Bundesregierung hat auch bei einer der symbolträchtigsten Reformen der 2000er Jahre einen Rückzieher gemacht, nämlich der schrittweisen Heraufsetzung des Rentenalters auf 67 Jahre bis 2029: Arbeitnehmern,¹ die bereits in sehr jungen Jahren ins Berufsleben eingetreten sind, wird es ermöglicht, bereits mit 63 in Rente zu gehen. Schließlich hat die Regierung von Angela Merkel im Jahr 2013 die öffentlichen Investitionen sowie die Beschäftigung im öffentlichen Dienst mit 17.900 Neueinstellungen wieder angekurbelt. Insbesondere versucht Deutschland, den – verglichen mit Frankreich – erheblichen Rückstand auf dem Feld der öffentlichen Kinderbetreuung aufzuholen. Kurz und gut: Die Deutschen haben die Schröderschen Reformen satt und bemühen sich seit einiger Zeit ernsthaft, ihre zahlreichen negativen Folgen einzudämmen. Dabei lassen sie sich oft von Lösungen anregen, die in Frankreich schon eingesetzt wurden.

Leider verhindert das im Moment noch nicht, dass diese »Reformen« außerhalb Deutschlands weiterhin als vorbildlich diskutiert werden. Ganz besonders in Frankreich, wo François Hollande 2014 einen »Pakt der Verantwortung« vorgestellt hat, der stark vom

¹ In der Übersetzung wird aus sprachlichen Gründen i.d.R. das männliche Geschlecht verwendet, weibliche Arbeitnehmerinnen etc. sind dabei jeweils mit einbezogen.

Schröderismus inspiriert ist. Es ist also nach wie vor, sowohl für Deutsche als auch für Franzosen, von Nutzen, zu verstehen, warum und wie die deutsche Wirtschaft sich in den 2000er Jahren erholen konnte, und zwar nicht wegen, sondern vielmehr trotz der von Gerhard Schröder angestoßenen Reformen.

*Guillaume Duval,
im Oktober 2014*

Nachwort

von Henrik Uterwedde

Mit Guillaume Duvals sowohl emphatischem als auch kritischem Blick auf Deutschland liegt hier ein Buch vor, dessen Originalausgabe in Frankreich seit ihrem Erscheinen im Januar 2013 ein großes Echo hervorgerufen hat. Eine Auflage von mittlerweile über 20.000 Exemplaren, ein starkes, teils durchaus kontroverses Medieninteresse quer durch die französische Presselandschaft – das ist auch in Frankreich für einen politischen Essay ungewöhnlich. Nun ist Guillaume Duval dort kein Unbekannter: Er ist Chefredakteur der linken Wirtschaftsmonatszeitschrift *Alternatives Économiques*, Autor politisch-ökonomischer Bücher, häufiger Gast in den Medien. Seit langem ist er ein kritischer, aufmerksamer Beobachter Deutschlands und seiner politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen; dabei kann er auch auf eigene mehrjährige Erfahrungen in deutschen Unternehmen zurückgreifen. Dennoch lohnt es sich, dem Erfolg des vorliegenden Buches in Frankreich auf den Grund zu gehen.

1. Frankreich schaut auf Deutschland

In Frankreich wird die deutsche Wirtschaftspolitik traditionell mit besonderem Interesse verfolgt. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Nachbarlandes ist als ständige Herausforderung und zugleich als aussagekräftiger Indikator für eigene Schwächen und Fortschritte gesehen worden. Dies liegt zunächst daran, dass Frankreichs 1945 noch völlig rückständige Wirtschaft erst in der Nachkriegszeit modernisiert wurde und dabei weniger robust war als die westdeutsche Wirtschaft. So sah sich Frankreich generell in einer Position des ökonomischen Underdogs gegenüber dem östlichen Nachbarn. Mit einer Mischung aus Bewunderung und Unbehagen ging man den Ursachen des westdeutschen Wirtschaftsaufstiegs nach und sorgte

sich um deren Auswirkungen auf das eigene Land. Die wirtschaftliche Verflechtung wurde als asymmetrisch und Frankreich als ökonomisch abhängig vom mächtigen Nachbarn gesehen.

Das wirtschaftliche Gefälle zwischen beiden Ländern hatte nicht nur ökonomische Dimensionen. Es vertrug sich schlecht mit dem Selbstbewusstsein Frankreichs als Nation mit weltweiten Interessen und gefährdete aus französischer Sicht zudem das Gleichgewicht der deutsch-französischen Partnerschaft in Europa. Parallel dazu wuchs die Furcht, dass aus dem ökonomischen Gefälle eine deutsche Dominanz in der Europäischen Union erwachsen könne, vor allem in der Wirtschafts- und Währungspolitik.

Diese Fixierung auf den deutschen Nachbarn hat sich in einer bis heute anhaltenden Fülle von Deutschlandbüchern niedergeschlagen. Man bewunderte die deutschen Wirtschaftserfolge und ging ihren Ursachen nach; man fragte besorgt, ob Frankreich Angst vor der deutschen Wirtschaftsmacht haben müsse; später, als die deutsche Wirtschaft in den 1980er und 90er Jahren Schwächephasen durchlief, fragte man ebenso besorgt, ob die deutschen Probleme die europäischen Nachbarn und Frankreich beeinträchtigen könnten.

Dabei ist die Sicht auf den deutschen Nachbarn nie einheitlich gewesen. Je nach sozialer Interessenlage oder politischer Position gab und gibt es unterschiedliche Urteile. Konservative haben im deutschen Wirtschafts- und Sozialmodell oft ein Vorbild für Frankreich gesehen, während auf der Linken ebenso regelmäßig Skepsis sichtbar wurde – weil dieses »ordoliberalen« Modell dem in Frankreich weiter vorherrschenden Leitbild des interventionistischen, dirigistischen Staates, dem ausgedehnten öffentlichen Sektor und der praktizierten Nachfragepolitik entgegenstand. In beiden Lagern war immer wieder die Versuchung groß, sich die Wirklichkeit des Nachbarn (oder überhaupt eines anderen Landes) je nach Interessenlage so zurechtzulegen, dass es ins eigene Erklärungsschema passte. Dieser Versuch der Instrumentalisierung des deutschen Modells hat in den letzten Jahren eine neue Brisanz erfahren.

2. Die »Schröder«-Debatte: eine französische Kontroverse

Guillaume Duvals Buch erschien in Frankreich unter dem Titel »Made in Germany. Das deutsche Modell jenseits der Mythen« im Januar 2013, etwas mehr als ein halbes Jahr nach der Wahl des Sozialisten François Hollande zum Präsidenten, vor dem Hintergrund einer schweren Wirtschafts- und Sozialkrise in Frankreich und anhaltender deutsch-französischer Kontroversen über die Überwindung der Krise des Euroraums. Unser Nachbarland hat sich trotz eines milliardenschweren Konjunkturprogramms von der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise 2008–09 bis heute nicht wirklich erholen können. Frankreich steht, so die übereinstimmende Aussage zahlreicher Gutachten, an denen auch linke Ökonomen beteiligt sind, vor immensen Herausforderungen, um den ökonomischen Niedergang zu stoppen, die Wettbewerbsfähigkeit und das Wachstumspotenzial zu steigern sowie die öffentlichen Finanzen in den Griff zu bekommen. Deshalb seien Strukturreformen im Bereich der Arbeits-, Güter- und Dienstleistungsmärkte, der öffentlichen Verwaltung und der Sozialversicherung ebenso nötig wie eine Verringerung der Steuer- und Abgabenlast für Unternehmen.

Dieser inzwischen mehrheitlich akzeptierten Sichtweise stehen allerdings vor allem im linken Lager Positionen entgegen, die die Ursachen der Krise vor allem in makroökonomischen Fehlsteuerungen in Europa sehen und dabei insbesondere die von der Bundesregierung durchgesetzte Rückführung der Defizite als Austeritätsdiktat geißeln. Die oben skizzierten Reformen werden als Umverteilung zugunsten der Unternehmen und als Gefahr für das französische Sozialmodell oft pauschal und brüsk abgelehnt. In dieser Ablehnungsfront drückt sich die – allerdings auch gerne überstrapazierte – Besorgnis aus, die geforderten Reformen könnten die Grundlagen des Wohlfahrtsstaates und des französischen Sozialmodells zerstören. Die Reformer erwidern, dass das französische Modell nur unter der Voraussetzung gründlicher Reformen und Anpassungen erhalten werden könne.

Der sozialistische Präsident Hollande, im Mai 2012 auf der Anti-Sarkozy-Welle in das höchste Staatsamt gelangt, hat sich nach lan-

gem Zögern mittlerweile zu einer Reform- und Angebotspolitik entschlossen, die, noch bevor sie überhaupt realisiert wurde, in seiner Partei und seiner linken Regierungsmehrheit ein mittleres Erdbeben ausgelöst hat. Führende Sozialisten, allen voran Wirtschaftsminister Arnaud Montebourg, überzogen den neuen Kurs der eigenen Regierung mit wachsender Kritik, bevor Hollande die rebellischen Minister im August 2014 kurzerhand entließ.

Es ist dieses zugespitzte Klima innerhalb der französischen Linken, diese Kontroverse über die »richtige« Wirtschafts- und Sozialpolitik, das den Hintergrund des Buches von Guillaume Duval bildet. Denn angesichts der französischen Krise und der vergleichsweise starken Wirtschafts- und Beschäftigungsdynamik in Deutschland lag die Frage nahe, ob der Unterschied nicht in der Agenda-2010-Politik von Bundeskanzler Schröder liege und ob Frankreich, das sich derartigen Reformen bislang stets verweigert hatte, nicht einen ähnlichen Kurs einschlagen müsse, um seine Krise zu überwinden. In der darauf einsetzenden politische Debatte über Vorzüge und Gefahren der Agenda-Politik Schröders gerieten die präzisen Felder der Agenda-Politik in Deutschland in den Hintergrund, auch weil die strukturellen Defizite und Verkrustungen in Frankreich teils auf anderen Gebieten liegen, wie weiter oben ausgeführt wurde. Statt dessen setzte ein Kampf um die Deutungshoheit der deutschen Erfolgsstory der vergangenen Jahre ein: Die einen stilisierten Schröders Politik zum Symbol einer erfolgreichen Reformpolitik, die sie zum Vorbild für eine als dringend notwendig angesehene, aber seit vielen Jahren blockierte Reformpolitik in Frankreich ausriefen. Für die anderen symbolisiert Schröder eine neoliberale Politik des Sozialabbaus, deren ökonomische Erfolge angezweifelt werden und deren Übertragung in Frankreich verheerende Folgen hätte. Mit anderen Worten: Die Agenda-Politik Schröders wird von den jeweiligen politischen Lagern für ihre Zwecke instrumentalisiert.

Das Buch Guillaume Duvals interveniert in diese Kontroverse. Der Autor ergreift Partei: Er will den »Mythos« Schröders als »Retter der deutschen Wirtschaft« zerstören, indem er dessen Politik einer geharnischten Kritik unterzieht, die in ihrer Gnadenlosigkeit (und, so sei erlaubt hinzuzufügen, Einseitigkeit) ihresgleichen sucht. Denje-

nigen, die unter Berufung auf Schröder Strukturreformen für Frankreich fordern, wirft er eine »propagandistische Instrumentalisierung« vor, die mit der Wirklichkeit nicht übereinstimme. Spätestens hier wird klar, dass es im Kern nicht (nur) um die deutsche Politik geht, sondern um die innerfranzösische Kontroverse über die »richtige« Wirtschaftspolitik, die die gegenwärtige linke Regierung einschlagen sollte. Angemerkt sei noch, dass Duval nicht »das« deutsche Modell ablehnt, wie es der deutsche Titel zu suggerieren scheint, sondern in erster Linie die Politik Gerhard Schröders. Dagegen schildert der Autor im ersten Teil des Buches zahlreiche positive Strukturen und Entwicklungen im Nachbarland, die er als Ursachen der deutschen Wirtschaftserfolge benennt und deren Fehlen (oder mangelhaftes Funktionieren) er als französische Defizite ansieht.

Man mag dem Autor in seinen Urteilen folgen oder nicht – sein Buch ist eine lesenswerte Streitschrift aus linkskeynesianischer Sicht zur gegenwärtigen französischen Kontroverse über die Wirtschaftskrise und Wege ihrer Überwindung. Gegenüber Forderungen, Frankreich solle dem »deutschen Modell« folgen, verweist er zu Recht auf die komplexen historischen, strukturellen Erfolgsbedingungen der deutschen Wirtschaft, die sich nicht einfach übertragen lassen. Allerdings liegt in seiner unerbittlichen Kritik der Schröder-Reformen auch eine Falle, leistet sie doch denjenigen Positionen Vorschub, die sich jeglichen Strukturangepassungen des französischen Modells vehement widersetzen. Damit gerät er in die Instrumentalisierungs-Falle, die er den liberalen Schröder-Befürwortern in Frankreich vorwirft, und bleibt letztlich Gefangener der starken Polarisierung, in der zwischen neoliberalen Forderungen und Status-quo-Verteidigern kein Platz zu sein scheint. Frankreichs Probleme aber erfordern weder das eine noch das andere, sondern mutige Veränderungen mit Augenmaß und unter Beteiligung der sozialen Akteure, so wie es die gegenwärtige sozialistische Regierung unter schwierigen Bedingungen umzusetzen versucht. Diese Politik pauschal als vom »Schröderismus« inspiriert zu kritisieren, greift unserer Meinung nach zu kurz in einer komplexen Krise eines Landes, dem pauschale Entweder-oder-Argumente gewiss nicht weiterhelfen. Aber dies ist eben das Gesetz des Genres einer Streitschrift, die sich in einer in-

nenpolitischen Kontroverse positioniert und ihre Argumente in zugespitzter Weise formuliert.

3. Für eine europäische Debattenkultur

Bleibt die Frage, welche Erkenntnisse wir aus einem Buch über deutsche Wirtschaftspolitik gewinnen können, das in einer krisenhaften politischen und wirtschaftlichen Lage für ein französisches Publikum geschrieben wurde. Föderalismus, Rolle der Verbände, Tarifautonomie und Mitbestimmung sind uns schließlich wohlbekannt, und auch die Debatte über die Agenda 2010 ist mehr als zehn Jahre nach ihrer Einführung weiter fortgeschritten. Es geht indessen um etwas anderes: Zum einen kann der Blick von außen auf das eigene Land Erkenntnisse freilegen, die im Alltagsgeschäft oft genug verschüttet worden sind. Oft werden in der innenpolitischen Auseinandersetzung Dinge klein geredet, die aus der Distanz als wertvoll gesehen werden: Der kooperative Föderalismus in Deutschland hat zahlreiche Schwächen, aber Guillaume Duval verweist darauf, wie viel Potenzial im Polyzentrismus des deutschen Föderalismus liegt, das man im zentralistischen Frankreich schmerzlich vermisst. Trotz aller Mängel und drohenden Fehlentwicklungen des dualen Systems der Berufsausbildung verweist Duval auf dessen wichtige Rolle beim Übergang von der Schule ins Berufsleben und die damit verbundene, im Vergleich zu Frankreich deutlich geringere Jugendarbeitslosigkeit. Instrumente wie die Mitbestimmung oder die Tarifpartnerschaft sind hierzulande von liberal-konservativer Seite oft genug als überholt Relikt des rheinischen Kapitalismus verschmäht worden; Duval sieht – wie auch zahlreiche andere französische Autoren – ihre produktive Kraft bei der Bewältigung schwieriger Probleme, wiederum weil sie in Frankreich in dieser Form kaum entwickelt ist. Diese und andere – auch kritische – Beobachtungen aus der Sicht des Nachbarn können also ein heilsames Korrektiv gegen die eigene Betriebsblindheit und ein Anlass sein, über scheinbare Selbstverständlichkeiten neu nachzudenken. Das kann den Horizont erweitern in einem Europa, dessen vielfältige Strukturen, Sicht-

weisen und Problembehandlungen einen großen Reichtum darstellen, weil sie ein Reservoir für alternative Methoden und Lösungen bieten. Dies gilt unabhängig davon, ob Duvals Analysen »richtig« oder »objektiv« sind – das wollen und können sie erklärenmaßen nicht sein; andere Autoren nehmen abweichende, teilweise gegensätzliche Bewertungen vor.

Ein weiterer, indirekter Erkenntnisgewinn ergibt sich in Bezug auf die Verhältnisse in Frankreich, unserem wichtigsten Nachbarland. Dies ist komplizierter, weil Frankreich ja nicht primär Gegenstand des Buches ist; dennoch ergibt sich aus den vom Autor geschilderten Vorzügen der deutschen politischen, ökonomischen und sozialen Strukturen, die im ersten Teil ausgebreitet werden, auch ein indirektes Urteil über französische Schwächen, die Duval beklagt: etwa der Zentralismus, der nach wie vor regionale Initiativen eher lähmt als fördert; fehlende Elemente der Mitbestimmung und der kooperativen Problembewältigung in den Unternehmen; die unzureichende Fähigkeit der Verbände und Sozialpartner zur Selbstregulierung; die Geringschätzung des Werts der Arbeit in der Industrie. Umgekehrt sieht er auch französische Stärken, ob sie die Rolle der Frauen im Beruf, den staatlichen Mindestlohn, den ausgedehnten Sozialstaat oder die Praxis der Nachfragestützung betreffen.

Schließlich ist diese Streitschrift, die an vielen Stellen durchaus zum Widerspruch einlädt, ein wichtiger Diskussionsanstoß zur Frage, wie Wirtschaft und Gesellschaft in Europa politisch gestaltet werden sollen. Diese Debatte ist, jenseits nationaler Erfolge oder Probleme, zentral für unsere Zukunft, aber sie verharrt allzu oft entlang innerhalb der nationalen Vorstellungswelten. Es ist aber unerlässlich, dass sie auf europäischer Ebene stattfindet. Das setzt voraus, unterschiedliche Denk- und Argumentationsweisen bei den europäischen Nachbarn wahrzunehmen und zu verstehen. Erst dann ist es möglich, sich sinnvoll grenzüberschreitend über die gemeinsame Zukunft zu streiten. Den Initiatoren und dem Verlag sei deshalb gedankt, dass sie mit der deutschen Ausgabe des Buches von Guillaume Duval einen Beitrag zur Entstehung einer solchen europäischen Streit- und Debattenkultur leisten.